

Antrag

der Fraktion der SPD

Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Barack Obama ist die Hoffnung auf Fortschritte insbesondere bei der nuklearen Abrüstung gestiegen. Russland und die USA haben Verhandlungen zu einem neuen START-Vertrag aufgenommen, der den im Dezember 2009 auslaufenden START-I-Vertrag ersetzen soll. Im Jahr 2010 findet die nächste Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag (Nichtverbreitungsvertrag – NVV) statt. Im Jahr 2005 endete die letzte Überprüfungskonferenz mit einem totalen Misserfolg. Deshalb wird es darauf ankommen, die Konferenz im Jahr 2010 mit Beschlüssen zu beenden, die den Atomwaffensperrvertrag stärken und die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen voranbringen.

Mit der Rede von US-Präsident Barack Obama in Prag am 5. April 2009 und seinem Bekenntnis zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt bietet sich die Chance, zu substanziellen Fortschritten bei der nuklearen Abrüstung zu gelangen. Die von einem historischen Gipfeltreffen verabschiedete UN-Sicherheitsratsresolution 1887 (2009) vom 24. September 2009 zeigt die breite internationale Unterstützung für dieses Ziel. Konkret setzen wir auf einen Erfolg der amerikanisch-russischen Verhandlungen über ein START-Nachfolgeabkommen. Zudem will Präsident Barack Obama auf einem Gipfeltreffen über nukleare Sicherheit im April 2010 für zusätzliche Maßnahmen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und zur Kontrolle von Spaltmaterial werben. Deutschland unterstützt diese Ansätze nachdrücklich.

Zivilgesellschaftliche Bemühungen wie die „Initiative für eine globale Nulllösung“ oder die von Australien und Japan betriebene „Internationale Kommission für nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung“ zeigen, dass eine Welt frei von Atomwaffen erreichbar ist. Sie entwickeln Aktions- und Zeitpläne, um die Atomwaffenarsenale bis zum Jahr 2030 schrittweise auf null zu reduzieren.

Eine Welt frei von Atomwaffen ist keine Utopie, sondern eine realistische Vision!

Seit der Entspannungspolitik der 70er Jahre gehört der Einsatz für Abrüstung und Rüstungskontrolle zu den Markenzeichen deutscher Außenpolitik. In dieser Tradition hat der ehemalige Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier in den letzten Jahren systematisch und mit großem Einsatz für einen neuen Anlauf bei der nuklearen Abrüstung geworben. Deutschland spielt seit 2002 eine wichtige Rolle bei den internationalen Verhandlungen, mit denen Iran von der Entwicklung von Atomwaffen abgehalten werden soll. Ebenso hat sich die Bundesregierung maßgeblich für konventionelle Rüstungs-

kontrolle engagiert: den Abschluss der Konvention zum Verbot von Streumunition, den Beginn von UN-Verhandlungen über die Begrenzung von Waffenexporten (ATT) und die Rettung des KSE-Vertrages (Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa). Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass der neue Bundesminister des Auswärtigen diesen Kurs fortsetzen will.

Der erste Testfall für die neue Politik wird die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Mai 2010 bilden. Das seit 1970 weitgehend erfolgreiche Nichtverbreitungsregime befindet sich an einer Wegscheide. Mit der zunehmenden Ausbreitung der zivilen Atomenergie wächst die Gefahr, dass sich auch militärische Anwendungen verbreiten. Viele Nichtnuklearwaffenstaaten kritisieren die Ungleichbehandlung im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages. Sie erwarten seit langem von den Atomwaffenstaaten konkrete Fortschritte beim Bemühen um nukleare Abrüstung und verbindliche Sicherheitsgarantien im Gegenzug für den Verzicht auf Atomwaffen.

Von großer Bedeutung für die Chancen nuklearer Abrüstung werden die im Januar 2010 erwartete „Nuclear Posture Review“ der Vereinigten Staaten und die Ergebnisse der Beratungen über das neue Strategische Konzept der NATO sein. Im Rahmen der NATO haben Nuklearwaffen keine Funktion mehr.

Der Bundestag begrüßt die Absicht der Bundesregierung,

- auf den Abzug taktischer Atomwaffen der Vereinigten Staaten aus Deutschland und Europa zu dringen und im Zusammenhang mit der Entwicklung des neuen Strategischen Konzeptes der NATO auf die nukleare Teilhabe zu verzichten;
- neue Abrüstungsabkommen international zu unterstützen und die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag intensiv zu nutzen, um eine neue Abrüstungsdynamik zu erreichen;
- sich für eine atomwaffenfreie Welt zu engagieren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. weiterhin mit großem Engagement für allgemeine und weltweite Abrüstung einzutreten;
2. die Verminderung strategischer Atomwaffen durch den Abschluss eines START-Nachfolgeabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und Russland zu unterstützen;
3. auf den Abzug taktischer Atomwaffen der Vereinigten Staaten aus Deutschland und Europa zu drängen;
4. im Rahmen der Debatte über ein neues „Strategisches Konzept“ der NATO zu fordern, die Rolle der Nuklearwaffen zurückzuführen und auf ihren Ersteinsatz zu verzichten;
5. in der NATO Verhandlungen mit Russland über eine globale Nulllösung bei taktischen Atomwaffen in Europa anzuregen;
6. zu einem positiven Abschluss der Überprüfungskonferenz des NVV 2010 beizutragen;
7. die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) als Überwachungsorgan des NVV zu stärken und die Bemühungen um ein verbessertes Zusatzprotokoll (Additional Protocol Plus) durch eigene Vorschläge zu unterstützen;
8. für die Ratifizierung des Atomteststoppabkommens (CTBT) und ein Testmoratorium zu werben – insbesondere durch hochrangige Gespräche mit den nicht anerkannten Nuklearwaffenstaaten Indien, Pakistan und Israel;

9. in der UN-Abrüstungskonferenz auf die baldige Ausarbeitung eines Abkommens zum Verbot der Produktion von Spaltmaterial (FMCT) zu dringen;
10. für effektive Sanktionen gegen die Verletzung von NVV-Verpflichtungen einzutreten;
11. weiterhin für die Vorschläge des ehemaligen Bundesministers des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier und der IAEA zur Bildung eines multilateralen Brennstofflagers zu werben, durch das die Versorgung mit nuklearem Brennstoff für zivile Anwendungen gesichert werden soll;
12. die fünf anerkannten Atommächte zum verbindlichen Verzicht auf den Einsatz von Atomwaffen gegenüber Nichtnuklearwaffenstaaten und atomwaffenfreien Zonen aufzufordern;
13. die nicht anerkannten Nuklearwaffenstaaten Indien, Pakistan und Israel zu drängen, ihre Atomwaffenarsenale nicht weiter auszubauen und ihre Aktivitäten internationaler Überwachung zu unterwerfen;
14. sich dafür einzusetzen, dass neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen wie die „Proliferation Security Initiative“ (PSI) sich auf der Grundlage des Völkerrechts bewegen;
15. in den Konfliktregionen im Nahen Osten und in Südasien Gespräche über nukleare Abrüstung in die Wege zu leiten, die zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen führen könnten, wie sie bereits in Lateinamerika, der Karibik, in Afrika, im Südpazifik und in Südostasien bestehen;
16. Verhandlungen über die weltweite Begrenzung von strategischen Raketenabwehrsystemen nach dem Vorbild des ABM-Vertrages von 1972 anzuregen;
17. die „Global Zero“-Initiative und andere zivilgesellschaftliche Ansätze zur Umsetzung des Zieles einer Welt frei von Atomwaffen substantziell zu unterstützen.

Berlin, den 15. Dezember 2009

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

